

Lang, Kai-Olaf

**Research Report**

## Machtwechsel in Warschau, Kurswechsel in der Außenpolitik?

SWP-Aktuell, No. 53/2005

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Lang, Kai-Olaf (2005) : Machtwechsel in Warschau, Kurswechsel in der Außenpolitik?, SWP-Aktuell, No. 53/2005, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254580>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Machtwechsel in Warschau, Kurswechsel in der Außenpolitik?

*Kai-Olaf Lang*

**Aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen ging die traditionalistisch-patriotische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) als Sieger hervor. Sie stellt mit Kazimierz Marcinkiewicz den Chef der mittlerweile amtierenden Minderheitsregierung. Ende des Jahres wird eine der PiS-Führungsfiguren, Lech Kaczyński, Staatspräsident. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 hatte die PiS durch eine europaskeptische, nationale und deutschland-kritische Rhetorik aufhorchen lassen. Im Kontrast hierzu signalisiert die Regierung Marcinkiewicz den Partnern in der EU einstweilen Flexibilität und Kooperationsbereitschaft. Solange die neue politische Equipe in Warschau in ihrer Außen- und Europapolitik pragmatisch bleibt und sich innenpolitisch nicht formell mit radikalen Gruppierungen liiert, sollte Polen von seinen Partnern in der EU eingebunden und nicht ausgegrenzt werden.**

Erwartungsgemäß verlor die bislang regierende, völlig diskreditierte postkommunistische Linke (SLD) die Parlamentswahlen am 25. September. Ebenso vorhersehbar gingen zwei Parteien der Rechten bzw. der rechten Mitte als stärkste Kräfte aus den Wahlen hervor: die Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) und die Bürgerplattform (PO). Eine Überraschung war hingegen, daß die von den Zwillingbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński geführte national-konservative PiS (26,99% der Stimmen) die gemäßigtere, liberal-konservative PO über rundete (sie kam auf 24,1%).

Obwohl beide Parteien vor den Wahlen eine Koalition vereinbart hatten (der Sieger sollte den Premier stellen), gelang es dem

mit der Regierungsbildung beauftragten Ökonomen und PiS-Politiker Kazimierz Marcinkiewicz nicht, ein Bündnis mit der PO zu zimmern. Hauptgrund hierfür war der Präsidentschaftswahlkampf, in dem sich die Kandidaten beider Parteien, Lech Kaczyński (PiS) und Donald Tusk (PO), bis aufs Messer bekämpften. Sieger bei den Wahlrunden am 9. und 23. Oktober war schließlich der Vertreter von »Recht und Gerechtigkeit«, Lech Kaczyński.

Nachdem sich gezeigt hatte, daß zwischen PiS und PO keine Koalition zustande kommen konnte, stellte Marcinkiewicz eine Minderheitsregierung auf die Beine, der am 10. November vom Sejm das Vertrauen ausgesprochen wurde. Neben der PiS votierten

die nationalkatholische Liga der Polnischen Familien (LPR), die agrarpopulistische Samoobrona sowie die Bauernpartei PSL für das Kabinett Marcinkiewicz.

### Konservative Revolutionäre als Sieger?

Die Äußerungen mancher PiS-Politiker und einzelne Maßnahmen Lech Kaczyńskis als Warschauer Bürgermeister haben der Partei nicht zuletzt im Ausland ein Negativimage beschert. Wichtiger als eine Analyse dieses Images ist es, sich derjenigen programmatische Eckpfeiler zu vergewissern, die das Weltbild der Partei prägen. Dazu gehören:

- ▶ Ein dezidiertes *Antikommunismus*.

Bereits in den frühen neunziger Jahren hatten sich die Brüder Kaczyński und ihre Weggefährten die Liquidierung altkommunistischer Seilschaften und eine über bloße verbale Attacken hinausgehende Vergangenheitsbewältigung auf ihre Fahnen geschrieben. Mit den Skandalen der nach 2001 regierenden postkommunistischen Linken erhielt diese Thematik neue Brisanz. Der Ruf nach Dekommunisierung und Lustration wurde prominent im Programm der PiS verankert.

- ▶ »Sanierung« des polnischen Staates.

Die »Instandsetzung« (*naprawa*) des Staates wiederum ist gemäß Parteiprogramm die Generalvoraussetzung »für die Realisierung aller anderen Ziele der PiS«. Vom PiS-Chef Jarosław Kaczyński wurden die Leitlinien der Staatsreform in der Devise »säubern, härten, reorganisieren!« zusammengefaßt.

- ▶ »Moralische Revolution«. Das Postulat sozialer Gerechtigkeit, die Akzentuierung christlicher Werte (das »axiologische Fundament unseres Kulturkreises«) und die Hervorhebung nationaler Zusammengehörigkeit bilden den normativen Dreiklang, mit dem es der Partei gelang, in das Reservoir des Nationalkatholismus einzudringen. Jarosław Kurski, Kommentator der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, stellte treffend fest, daß es der PiS durch ihre patriotische und katholische Phraseologie gelang, das bisher

von der LPR gehaltene »Monopol auf ›Gott, Ehre und Vaterland‹ zu brechen«.

- ▶ *Nationale Interessen*. Im »Programm 2005« der PiS werden die wesentlichen außen- und europapolitischen Bestrebungen dargestellt. Langfristiges Ziel ist der »Aufbau einer starken Republik, die in der internationalen Arena eine Position einnimmt, die einer großen europäischen Nation würdig ist«. Die von der PiS auf die EU projizierte Vision ist die eines »Europas der solidarischen Nationen«, eines »Bundes von Nationalstaaten«. Die hinter derlei Formeln verborgene souveränitätsbedachte Europaskepsis geht einher mit einem ausgereiften Argwohn gegenüber Deutschland. Es sagt viel aus, daß Deutschland im Wahlprogramm der PiS überhaupt nicht auftauchte.

- ▶ »Soziales Polen«. Der Ruf nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und nach einem wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitisch aktiven Staat, die Forderung, »daß auch ärmere Polen vom Wirtschaftswachstum profitieren sollen«, und das Nein zur linearen Einkommensteuer entspringen dem in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen linkszentristischen Programm der Partei. Die erfolgreiche Polarisierung des Parteienspektrums in ein »soziales« Lager (vertreten durch die PiS) und einen liberalen Pol (PO) dürfte entscheidend zum Wahlsieg von »Recht und Gerechtigkeit« beigetragen haben.

Alles in allem ist die PiS weder nationalistisch noch »reaktionär«, weder integristisch noch antieuropäisch, weder antisemitisch noch antideutsch. Diese Attribute treffen eher auf die LPR zu. Die PiS hingegen verkörpert einen *sozial-patriotischen Traditionalismus* mit stark etatistischer Prägung. Das von der Partei avisierte strategische Projekt ist der Aufbau einer IV. Republik – also eines moralisch erneuerten und intern konsolidierten »Staates der nationalen Solidarität« (Jarosław Kaczyński). Dabei ist die PiS keineswegs »rückwärtsorientiert«. Sie möchte die Modernisierung Polens – allerdings eine an christliche Werte, eine polnische Staatsidee und das

Ergebnisse der Wahlen zum Sejm vom 25.9.2005

	Stimmenanteil (%)	Sitzverteilung
PiS	26,99	155
PO	24,14	133
Samoobrona	11,41	56
SLD	11,31	55
LPR	7,97	34
PSL	6,96	25
MN	0,29	2
sonstige	10,93	-
Gesamt	100,00	460

Gebot sozialer Balance rückgebundene. Sie ist für die Mitgliedschaft Polens in der EU – allerdings in einer sich nicht weiter vertiefenden, erweiterungsoffenen und vor allem eng mit den USA verbundenen Union. Sie will eine Politik der nationalen Interessen – allerdings bleibt nach innen die Idee der Nation deutlich hinter jener des Staates zurück.

### **Anspruch und Wirklichkeit**

Wie wird das zwar nicht radikale, aber durchaus kantige weltanschauliche Profil der PiS ins Gesetzgebungs- und Regierungshandeln übersetzt? Die Kernkompetenz der PiS liegt im weit verstandenen Bereich Justiz, innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung. Es erstaunt daher wenig, daß erste Maßnahmen der Regierung Marcinkiewicz in diesen Bereich fallen und daß einschlägige Ressorts wie Inneres und Verwaltung, Justiz sowie die Geheimdienstkoordination mit profilierten Politikern der PiS besetzt wurden. Eines der Leuchtturmprojekte ist die Schaffung einer neuen, dem Premier unterstehenden »Zentralen Korruptionsbehörde«, die Kompetenzen der Polizei, des Inlandsgeheimdienstes, des Rechnungshofes und der Steuerpolizei vereinen soll. Auch plant Marcinkiewicz einen grundlegenden Umbau der Geheimdienste, insbesondere die Auflösung des kontroversen Militärdienstes WSI.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gerade in der Gesellschafts-, Familien- und Sozialpolitik muß die mit der Losung des »sozialen Polens« angetretene PiS-Equipe Akzente setzen. Doch das Sozialpaket der Regierung Marcinkiewicz, das auf sozial Schwache (Verbesserung der Ernährungssituation von Kindern) und Familien (milliardenschweres Wohnungsbauprogramm, Kinderfreibeträge, Einmalzahlung für Neugeborene) zugeschnitten ist, wird kostspielig sein und dürfte sich allein durch Einsparungen im öffentlichen Dienst (wie zunächst geplant) kaum finanzieren lassen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Regie-

rung teure Forderungen der nationalistischen und bäuerlichen PiS-Partner im Parlament einlösen muß.

Eine weitere Handlungspriorität stellen die Bereiche Kultur, Bildung und Erziehung dar. Im wenige Tage nach der Regierungsbildung verkündeten Programm »Patriotismus von morgen« wird eine »systematische patriotische Erziehung« angekündigt und die Unterstützung von Initiativen in Aussicht gestellt, die eine »patriotische und staatsbürgerliche Aktivierung der Jugend« zum Ziel haben.

Die bisherigen Ankündigungen und ersten konkreten Schritte der Regierung Marcinkiewicz zeigen zweierlei: Zum einen konzentriert sich die Agenda der PiS auf innenpolitische sowie wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Im Bereich der Außenpolitik deuten sich wenig spektakuläre Neuerungen an. Hier dominiert das Bemühen, Kontinuität und Professionalität in den Vordergrund zu stellen (siehe unten, S. 6). Einstweilen kann der lapidaren Äußerung eines polnischen Kommentators zugestimmt werden: »Die PiS begeistert sich nicht für das Ausland« (Jacek Pawlicki).

Zum anderen zeichnet sich ein markant von der rabiaten Rhetorik des Wahlkampfes abweichender Realismus ab, der mannigfachen ökonomisch-finanziellen, personalpolitischen und institutionellen Restriktionen geschuldet ist. Man wird wohl auch künftig versuchen, diese Einschränkungen durch symbolische Projekte oder medial inszenierte Einzelmaßnahmen (wie etwa das Patriotismus-Programm oder die Speisung hungriger Kinder) auszublenden. Mit dem von der PiS propagierten echten Neuanfang in Form einer neuen Republik ist aber wohl kaum zu rechnen. Allerdings könnte mit dem Amtsantritt von Lech Kaczyński zumindest verbal eine stärkere Ideologisierung erfolgen, da sich der künftige Staatspräsident als abseits vom Alltagsgeschäft der Regierung stehender Sachwalter der moralischen Wende und Triebfeder einer IV. Republik verstehen könnte.

Die Regierung Marcinkiewicz sitzt verhältnismäßig fest im Sattel. Die Opposition

wird kaum in der Lage sein, sie durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu Fall zu bringen. Mit Lech Kaczyński wird ein Staatspräsident amtieren, der auf das Wohl der Regierung bzw. der Regierungspartei bedacht ist. Er dürfte Gesetzesvorhaben wohl kaum blockieren – und selbst bei Schwierigkeiten mit der Verabschiedung des Staatshaushalts wird er prüfen, ob eine in diesem Fall mögliche Parlamentsauflösung aus Sicht der PiS opportun wäre. Überdies könnte sich Marcinkiewicz durch geschmeidiges Taktieren mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten »durchhangeln«. Dabei würde er sich aus der einseitigen Abhängigkeit von Samoobrona, LPR und PSL befreien, aber gleichzeitig punktuell mit der Bürgerplattform kooperieren. Dies könnte mittelfristig den Weg zu einer Koalition mit der PO ebnen.

### **Konsequenzen für die Außenpolitik: Osten ...**

Die von Premierminister Marcinkiewicz angekündigte »aktive Außen- und Verteidigungspolitik« kontrastiert – zumindest dem ersten Eindruck nach – merklich mit dem rauhen Ton, den er vor der Wahl gegenüber Brüssel, Berlin und Moskau angeschlagen hat. Diesen Eindruck legt die Ernennung des bisherigen Botschafters in Moskau, Stefan Meller, zum Außenminister ebenso nahe wie die Sprache der programmatischen Erklärungen der neuen Regierung und die Reisetätigkeit ihrer Mitglieder.

Die Beziehungen zu Rußland will die neue Regierung »vor allem durch die Strukturen der EU realisieren, wobei wir die Ausgestaltung der GASP in Richtung Osteuropa fördern wollen« (so die Diktion im Regierungsprogramm »Solidarischer Staat«). Im polnischen Außenministerium soll ein ständiges Gremium eingerichtet werden, das die innere Entwicklung in Rußland und dessen Außenpolitik analysieren und eine Strategie »Polens – als Mitglied von EU und Nato – gegenüber Rußland« ausarbeiten soll. Nüchtern und professionell ging der neue Außenminister

mit dem im November verhängten Einfuhrverbot für landwirtschaftliche Produkte nach Rußland um. Bei einem rasch anberaumten Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Lavrov in Moskau konnten die Wogen zunächst einmal geglättet werden: Nicht nur räumte Meller ein, es habe bei der Ausstellung veterinärmedizinischer Dokumente auf polnischer Seite tatsächlich Unregelmäßigkeiten gegeben, er bemühte sich auch vor allem, die Angelegenheit zu entpolitisieren. In Moskau einigte man sich zudem darauf, möglichst bald die bilaterale Regierungskommission für Wirtschaftsfragen sowie die gemeinsame »Gruppe für schwierige Angelegenheiten« einzuberufen und ein baldiges Zusammentreffen der beiden Regierungschefs zu arrangieren. Dies alles paßt zu der von Meller verkündeten Politik einer »ruhigen Sachlichkeit« gegenüber Rußland. Möglicherweise wird dieser emotionslose Kurs aber überlagert von der Politik eines »selbstbewußteren«, etwa auf Symmetrie in der Besuchsdiplomatie drängenden Staatspräsidenten. Ob eine qualitative Wende in den beiderseitigen Beziehungen eintreten wird, ist zu bezweifeln. Die Auslöser polnisch-russischer Irritationen der vergangenen Jahre – heikle historische Themen, Energie, Interessenkonflikte im postsowjetischen Raum usw. – werden fortbestehen. Die Ankündigung des polnischen Verteidigungsministers Sikorski etwa, Warschauer-Pakt-Archive zu öffnen, wurde von russischer Seite sogar als »Provokation« aufgefaßt.

Beständigkeit wird die Beziehungen zur Ukraine prägen, deren europäische und atlantische Ambitionen einschließlich einer Mitgliedschaft in EU und Nato auch die neue polnische Regierung konsequent unterstützt. Bei der Umsetzung des Aktionsplans EU-Ukraine will Polen insbesondere auf den raschen Fortgang der Gespräche über Visaerleichterungen drängen und für die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die EU eintreten. Auch die neue polnische Exekutive dürfte ihr Engagement für subregionale Kooperations-

formen im postsowjetischen Bereich (Gemeinschaft der Demokratischen Wahl) insbesondere zusammen mit anderen bzw. künftigen EU-Mitgliedern aufrechterhalten.

Mit Blick auf Belarus ist ebenfalls keine Neuausrichtung der polnischen Positionen zu erwarten. Die Regierung in Warschau will eine »angemessene Formel« entwickeln, die die Haltung gegenüber dem Regime in Minsk mit der Haltung gegenüber der Gesellschaft und der polnischen Minderheit in Belarus in Einklang bringt – und dabei berücksichtigt, »daß unsere Beziehungen zu Belarus eine elementare Dimension unseres Verhältnisses zu Rußland« ausmachen. Offenkundig ist die Entschlossenheit, die Aktivitäten von in Belarus tätigen Nichtregierungsorganisationen stärker als bislang zu unterstützen – und zwar »auch mit unseren Partnern in der EU«. Die Gründung einer unabhängigen Rundfunkstation, die von polnischem Gebiet aus sendet, soll forciert werden.

### ... und Westen

Die intensive Bezugnahme auf die Vereinigten Staaten und die Suprematie der transatlantischen Beziehungen für Polens Sicherheit bleibt auch nach dem Machtwechsel eine Konstante im außenpolitischen Koordinatensystem Warschaus. Ungeachtet des anhaltenden Unmuts über restriktive Bestimmungen für die Einreise in die USA und schwindender Akzeptanz für das polnische Engagement im Irak wird die PiS am Nahverhältnis zu Washington festhalten. Die von Premier Marcinkiewicz signalisierte Bereitschaft, Komponenten eines allfälligen amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen zu stationieren, stieß indes selbst in den eigenen Reihen auf Kritik. Je nachdem, wie die Gesamtkonzeption dieses Antiraketenschildes aussieht, könnte die Installation solcher Komponenten Spannungen mit Moskau hervorrufen.

Unter den Partnern in der EU pointiert Warschau insbesondere die Beziehungen zu Deutschland und zu Frankreich. Die während des Wahlkampfes von Politikern der PiS

zu vernehmenden deutschland-kritischen Äußerungen – Deutschland wurde dabei (im Zusammenhang mit der geplanten »Ost-seepipeline«) sogar als Sicherheitsrisiko für Polen bezeichnet – sind Bekundungen ihres Interesses an einer Zusammenarbeit mit Deutschland gewichen. Zumal man in Berlin eine neue Bundesregierung im Amt sieht, die »ausgewogenere« Beziehungen zu Washington und Moskau anstrebe.

Erklärtermaßen will die frischbestätigte polnische Regierung der Zusammenarbeit mit Frankreich »neue Impulse« verleihen. Prima facie erstaunen solche Worte von der als frankreichskeptisch geltenden »Recht und Gerechtigkeit«. Bei genauerem Hinsehen werden sie aber verständlich. So kann die Präferenz der PiS für einen effizienten, wirtschaftlich aktiven Staat oder der Wunsch nach einer neuen Republik zumindest als strukturelle Affinität zum Gaullismus interpretiert werden. Aus deutscher Sicht interessant ist hierbei, daß der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński bereits im Frühjahr eine Verbesserung des französischen Verhältnisses zu Polen prognostizierte, da sich die bisherige deutsch-französische Kooperation erschöpfe – »was unseren Spielraum erweitert«. Nicht nur gratulierte Jacques Chirac dem neugewählten Lech Kaczyński ostentativ schnell, nicht nur ist mit Meller, in Frankreich aufgewachsen und dort vormals auch als Botschafter amtierend, ein persönlicher Draht nach Frankreich vorhanden, auch in Fragen wie der langfristigen Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der EU-Finzen insgesamt gibt es zahlreiche gegenseitige Anknüpfungspunkte. Sympathie scheinen die Kaczyński-Brüder auch für die von Frankreichs Innenminister Sarkozy während seines Polen-Besuchs im August erwogene Erweiterung der Gruppe der fünf großen EU-Länder zu einem G-6-Format aufzubringen. Bei einem Treffen mit Lech Kaczyński sicherte Sarkozy diesem die Unterstützung für dessen europapolitische Pläne zu, denn auch ihm schwebte ein Europa der Vaterländer vor. Selbst wenn die polnisch-französischen

Beziehungen weiterhin durch einen Fundamentaldissens in sicherheitspolitischen Fragen überschattet werden, verdienen diese Beziehungen in nächster Zeit daher besondere Aufmerksamkeit. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer in Warschau zunehmenden Unzufriedenheit mit Großbritannien, genauer mit der britischen Haltung im Finanzstreit.

Warschaws neue Regierung gibt sich seit ihrem Amtsantritt außenpolitisch handsam. Von der ambitionierten und selbstsicheren Sprache der zurückliegenden Monate ist nur wenig geblieben. Vorrangiges Interesse zumindest der Regierung ist es, Kontinuität, Professionalität und Pragmatismus auszustrahlen und den Vorabverdacht der Europaskepsis, Deutschlandfeindlichkeit und Russophobie zu entkräften. Premier Marcinkiewicz versprach vor seiner ersten Auslandsreise nach Brüssel abermals eine »aktive Politik in der EU« und sagte der Kommission Polens volle Unterstützung zu.

Die unvermutete Kooperativität und Flexibilität der neuen Regierung darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PiS nach wie vor einem defensiven europapolitischen Leitbild folgt. Danach geht es darum, vermeintliche deutsche Vormachtbestrebungen in Europa zu drosseln und einen angeblichen russischen Expansionstrieb im Osten einzuhegen. Daher will Polen sich in eine Sechsergruppe großer EU-Staaten eingliedern, also unter jenen sein, »mit denen man in der EU rechnet«. Nur mit dieser Konstellation sei man imstande, »das sowjetische Imperium definitiv zu demontieren« (J. Kaczyński).

In Sachen Verfassungsvertrag hat sich die polnische Regierung denn auch nicht von ihrer negativen Haltung verabschiedet. Unklar ist, ob Polen weiterhin passiv bleibt oder – wie der außenpolitische Chefberater Marcinkiewicz' dies enigmatisch ankündigte – Vorschläge zur Modifizierung der Verfassung präsentiert. Letzteres würde Versuche erschweren, den Ratifikationsprozeß wieder in Gang zu setzen. Mit Blick auf die Finanzverhandlungen dürfte

Warschau zwar nicht verstockt agieren, herrscht doch in der neuen Administration offensichtlich die Einschätzung vor, ein Kompromiß müsse vor allem *bald* herbeigeführt werden. Doch will man – trotz offenkundiger Absorptionsprobleme – eine Reduktion der potentiell bereitstehenden Mittel auf jeden Fall vermeiden. Denn für die PiS ist die EU nicht zuletzt eine Transferegemeinschaft.

### **Implikationen oder Komplikationen?**

In der Außenpolitik pocht die PiS auf die enge Anbindung der EU an die USA. Sie fordert eine vorrangig über die EU, nicht über Hauptstädte der Mitgliedstaaten gesteuerte Rußlandpolitik und gedenkt, sich als Anwalt der ukrainischen Sache bzw. der »östlichen Dimension« in der EU zu profilieren. Dies alles ist nicht neu. Anders als ihre Vorgänger mißbilligen die nunmehr Regierenden einige Kernelemente des Verfassungsvertrags in seiner jetzigen Form (fehlender Gottesbezug, Entscheidungssystem), lehnen generell eine weitere Vertiefung der EU ab und tendieren dazu, Außenpolitik in historische Kontexte einzubeziehen. Jenseits dieser Grundpositionen aber ist die Außen- und Europapolitik der PiS wenig ausdifferenziert. Auch verfügt die Partei kaum über außenpolitische Expertise. Das vom realistischen Diplomaten Meller geleitete Außenministerium, das durch die Eingliederung der mit der Koordinierung der Europapolitik befaßten Querschnittsbehörde UKIE noch gewichtiger geworden ist, wird für Konstanz sorgen. Allerdings mag dem parteipolitisch neutralen Außenminister der politische Rückhalt fehlen, der notwendig ist, um kraftvolle Initiativen zu lancieren. Unklar bleibt einstweilen die Rolle des Staatspräsidenten. Auch in der Außenpolitik könnte es zu einer Rollenteilung zwischen einer realpolitischen Regierung und einem emotionaleren, stärker von historischen Positionen und Regionalmachtkalkülen geleiteten Präsidenten kommen.

Die Regierung Marcinkiewicz wird auf absehbare Zeit vor allem mit sich selbst beschäftigt sein. Die auswärtige Politik wird darüber möglicherweise vernachlässigt. Überdies könnte Außenpolitik innenpolitisch instrumentalisiert werden. Problematisch aus Sicht der PiS ist, daß ihre informellen Bündnispartner LPR und Samoobrona mehr oder minder amerikakritisch, punktuell prorussisch und nicht zuletzt germanophob sind.

Schließlich könnte auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Marcinkiewicz Auswirkungen auf die Europapolitik oder allgemein auf Polens Stellung in der EU haben. Marcinkiewicz' *big government*-Politik ist per se nicht negativ, doch könnten die Posteriorisierung der Euro-Einführung, das Nein zur Privatisierung »strategischer« Unternehmen oder der »solidarische« wirtschaftspolitische Kurs Wachstums- und Reformdynamik bremsen. Sollte sich das Wachstum abschwächen, würde Polen sicherlich noch stärker auf eine Externalisierung von Arbeitsmarktproblemen drängen (und sich gegen eine umfassende Abwandlung der Dienstleistungsrichtlinie wenden), noch lauter eine Öffnung des deutschen und anderer Arbeitsmärkte vor 2011 fordern und am Ende gar auf einen Kurs der Niedrigsteuerpolitik nach dem Muster anderer Länder in Ostmitteleuropa einschwenken). Bei überbordenden Budgetproblemen wäre mit innenpolitischen Verwerfungen, möglicherweise neuem Rückenwind für radikale Parteien zu rechnen.

Insgesamt dürften es also eher interne, innen-, wirtschafts- und sozialpolitische Unwägbarkeiten als das außenpolitische Konzept der PiS sein, das europapolitische Schwierigkeiten hervorrufen könnte.

### **Deutschland und Polen: Give PiS a chance!**

Die führenden Politiker der PiS haben sich in der ersten Phase nach den Wahlen auch gegenüber Deutschland aufgeschlossen gezeigt. Diese Aufgeschlossenheit sollte nicht als unvermutete Sympathie für

Deutschland fehlgedeutet werden, zumal bilaterale Reizthemen – konkret die Ostseepipeline, das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen oder allfällige Aktivitäten der Preußischen Treuhand – durchaus wieder in irgendeiner Form virulent werden können. Solange die Politiker der PiS sich nicht als deutschlandpolitische Totalverweigerer präsentieren, solange sie Interesse an deutsch-polnischer Kooperation im europäischen Rahmen bekunden, solange sie gewillt sind, strittige historische Fragen von der Zusammenarbeit innerhalb der EU zu entkoppeln, und solange sie sich nicht formell mit nationalistischen Gruppen liieren, sollte sich Deutschland an der Maxime »Involvieren, nicht Isolieren!« orientieren. Dieses Motto schließt das Gebot ein, weiter nach gemeinsamen Themen und Formen des Dialogs zu suchen.

► Die »östliche Flanke« der EU, die Beziehungen zu den Nachbarn und insbesondere zu Rußland bleiben eine zentrale Herausforderung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Im wesentlichen geht es darum, wie beide Länder zur Verdichtung der Kooperationsbeziehungen mit der Ukraine im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, zur Fortentwicklung der EU-Rußland-Beziehungen im Kontext der Vier Räume und zur Suche nach neuen Formen des Umgangs mit dem Sonderfall Belarus beitragen können. Zentral ist hierbei Polens Ungest, durch eine deutsch-russische Verständigung umgangen zu werden – auf der in Warschauer Sicht die Errichtung einer »Bypass-Pipeline« durch die Ostsee beruht. Um Polens Marginalisierungsfurcht zu dämpfen, sollte die Schaffung eines dreiseitigen deutsch-polnisch-russischen Konsultationsrahmens erwogen werden. Ein solches »Warschauer Dreieck« könnte sich auf konkrete Aspekte etwa der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Infrastrukturkoordination oder des Umweltschutzes konzentrieren. Ein mögliches Schwerpunktthema könnte die Zusammenarbeit der drei Länder im Ostseeraum, insbesondere mit Blick auf Kaliningrad sein. Eine weitere Chance dieses Forums



bestünde darin, daß es helfen könnte, die fragilen polnisch-russischen Beziehungen zu stabilisieren.

► Energiefragen wären sicherlich ebenfalls Bestandteil eines solchen Dreierzusammenhangs. Sie werden aber auch im engen bilateralen Dialog zwischen Polen und Deutschland eine prominente Rolle spielen. Kommt die Ostseepipeline weiter voran, sollten beide Länder nach neuen Kooperationsvorhaben Ausschau halten, die der langfristigen Sicherung und Diversifizierung ihrer Energielieferungen dienen. Zu prüfen wäre etwa der Nutzen einer Verlängerung der ukrainischen Ölpipeline Odessa–Brody nach Polen und von dort nach Westen.

► Die Fokussierung der PiS auf Fragen der inneren Sicherheit und der Justiz könnte die Intensivierung deutsch-polnischer Kooperation in entsprechenden Fragen erlauben. Es wäre auch im deutschen Interesse, wenn es der neuen polnischen Regierung gelänge, Mißstände wie Korruption erfolgreich zu beseitigen und Fortschritte bei der Kriminalitätsbekämpfung zu erzielen. Die PiS dürfte sich einem Dialog allein schon deswegen nicht verschließen, weil auch der neue polnische Innenminister den Wunsch seines Landes bekräftigte, 2007 der Schengen-Zone beizutreten. Gleichzeitig ist Polen an einer Flexibilisierung des Grenzregimes an seiner Ostflanke gelegen. Beide Ziele können nicht gegen den Widerstand Deutschlands erreicht werden.

► Ebenso wäre es vorstellbar, mit der »Partei des solidarischen Polens« einen Dialog über Europas Wirtschafts- und Sozialmodell und die Perspektiven des Wohlfahrtsstaates anzustoßen. Dabei müßte nicht zuletzt ausgelotet werden, inwieweit sich die von der PiS innerpolnisch betonte Kohäsionsdiskussion und die von der Partei angemahnte innereuropäische Solidarität in die Bereitschaft zu sozial- und wirtschaftspolitischer Mindestharmonisierung in der EU übersetzen.

► Der Dialog mit Polen sollte in subregionale oder multilaterale Strukturen der EU eingebunden werden. Zu denken wäre

an den Dialog der Ostseeanrainer im Format 3+3+2 (Skandinavien, Baltische Staaten, Deutschland, Polen) mit einem Bezug zu regionalen Sachpolitiken (Umwelt, regionale Wirtschaftskooperation, Innovation, Infrastruktur). Dies hätte überdies den Vorteil, daß dadurch die sich im Zusammenhang mit der Rußland-Thematik formierende Allianz der Baltischen Staaten, Polens und der nordischen Länder um Deutschland ergänzt werden könnte. Das Weimarer Dreieck sollte auch in der jetzigen Situation nicht überschätzt werden. Allerdings könnte die Akzentuierung seiner symbolischen Funktion, insbesondere sofern es sich um Themen der Ostpolitik handelt, positiv auf Warschau wirken. Sollte es zu einer Intensivierung polnisch-französischer Kontakte kommen, wäre es aus deutscher Sicht von Vorteil, die Beziehungen Paris–Warschau stärker in den Weimarer Dreierkontext einzubinden.

► Die PiS und ihre Führung unterhalten bisher lediglich limitierte Auslandsbeziehungen, die sich im wesentlichen auf die Partner aus der EP-Fraktion »Union für ein Europa der Nationen« sowie vereinzelte Kontakte zu konservativen und christlichen Parteien beschränken. Wichtig wäre es, wenn die PiS mit deutschen Partnern ins Gespräch käme. Läßt man die Euroskepsis der PiS einmal außer acht, wäre vermutlich die CSU diejenige deutsche Partei, die von ihrem Profil her am ehesten mit der neuen polnischen Regierungspartei ins Gespräch kommen könnte. Dies würde allerdings zunächst ein Ausklammern strittiger, in der Vergangenheit wurzelnder Themen wie der Vertreibungsproblematik erfordern.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364